



EUROPÄISCHES PARLAMENT

Dr. Horst Schnellhardt
Mitglied des Europäischen Parlaments

Europa-Kommunal

Kommunale Nachrichten aus und für Europa
30. September 2008



1. Mutterschaftsurlaub

Wird der Mutterschaftsurlaub von 14 auf 18 Wochen verlängert? Das soll Presseberichten zufolge nach einem für den 8. Oktober angekündigten Gesetzesentwurf der Fall sein. Deutschland müsste dann den Mutterschutz um vier Wochen verlängern. Des Weiteren soll während des Mutterschutzes ein Anrecht auf eine Bezahlung in Höhe des vollen Lohnes/Gehaltes bestehen. Die derzeit geltende EU-Richtlinie schreibt nur ein Anrecht auf eine Bezahlung in Höhe des Krankengeldes vor. Zusätzlichen Urlaub soll es bei Frühgeburten, Krankenhausbehandlung des Kindes von der Geburt an, behinderten Kindern und Mehrfachgeburten geben. Weitere Überlegungen betreffen die garantierte Rückkehr der Mütter auf denselben oder einen vergleichbaren Arbeitsplatz und einen verbesserten Kündigungsschutz innerhalb eines Jahres nach der Rückkehr. Der Richtlinie müssen das Parlament und die Mitgliedstaaten zustimmen.

2. Elektrizitätsversorgung

In Deutschland müssen neue konventionelle Kraftwerke gebaut werden. Nur so ist die Versorgungssicherheit im Bereich der Elektrizitätsversorgung auf Dauer gesichert. Das hat die Bundesregierung der EU-Kommission berichtet. Der EU-rechtlich vorgeschriebene Bericht bestätigt zwar, dass die Versorgungssicherheit in Deutschland als hoch einzustufen ist. Vor dem Hintergrund des beschlossenen Kernkraftausstiegs sehen die Gutachter aber einen hohen Zubaubedarf an konventionellen Kraftwerken, um die Versorgungssicherheit auch zukünftig zu gewährleisten. Zwar wird eine enorme Zunahme der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien insbesondere Windkraftanlagen unterstellt, doch unterliegt diese Art der Stromproduktion naturgemäß starken Schwankungen, so dass sie nur zu einem geringen Teil zur gesicherten Leistung beiträgt.

Der Bericht (26 Seiten) ist abrufbar unter:

<http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/M-O/monitoring-versorgungssicherheit-elektrizitaetsversorgung,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>

3. Biosprit

Im Parlament zeichnet sich eine Absenkung der gültigen Zielvorgaben für Biokraftstoffe ab. Angesichts knapper werdender Lebensmittel hat der Industrieausschuss des Parlaments fast einstimmig die Biosprit-Ziele der EU-Kommission zurückgenommen; es soll weniger Biosprit aus Lebensmitteln geben und die Regenwälder, sowie artenreiche Flächen sollen geschont werden. Der 10%-Anteil nichtfossiler Kraftstoffe soll bis 2020 nur zu 6% durch die klassischen Biokraftstoffe auf Mais- und Rapsgrundlage erzeugt werden. Weitere 4% sollen auf mit Strom oder Wasserstoff angetriebene Autos entfallen, sowie auf die Nutzung von Biokraftstoffen der 2. Generation, also auf Biokraftstoffe, die auf Abfall-, Stroh- und Klärschlammgrundlage erzeugt werden. Der Anbau von Energiepflanzen auf gerodeten oder für die Artenvielfalt wichtigen Flächen soll verboten werden. Einen Bonus soll es geben, wenn zuvor nicht nutzbare Böden für

die Produktion von Biokraftstoff verwendet werden. Erst 2014 soll darüber entschieden werden, ob die EU an dem 10-%-Ziel für den Anteil von Biokraftstoffen am Kraftstoffverbrauch festhält.

4. Mobilfunk/SMS

Die Kosten für Auslandsgespräche per Mobiltelefon sind weiter gesunken; SMS-Kosten werden folgen. Seit dem 30. August liegen die Preise für im EU-Ausland getätigte Mobilfunkgespräche jetzt bei 0,46 € (vorher 0,49 €) pro Minute für abgehende und bei 0,22 € (0,24 €) pro Minute für ankommende Gespräche. Die Preissenkungen sind das Ergebnis der EU - Roaming Verordnung, die auf die Sprachtelefonie beschränkt ist und SMS und Datenroaming derzeit (noch) nicht erfasst. Da die Roamingpreise für SMS und Datendienste noch immer unverträglich hoch sind, sind auch hier – wie beim Mobiltelefonie – verordnete Preissenkungen zu erwarten. Diskutiert wird die Beschränkung der Kosten für eine SMS ins Ausland auf etwa 11 Cent. Durchschnittlich werden jetzt etwa 29 Cent angerechnet.

Aber auch die Kosten für Mobiltelefonie sollen durch Abrechnung im Sekunden-Takt noch weiter sinken. Viele Operatoren rechnen zumindest die erste angefangene Minute voll an, andere wenige rechnen nur im Minutentakt ab. Die anrufenden Kunden zahlen aufgrund solcher Minutentakt-Abrechnungen bis zu 24 % mehr für die Gesprächszeit, bei ankommenden Telefonaten beträgt die Überteuerung ca. 19 %.

Die Pressemitteilung der Kommission unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1276&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Pressemeldung zur Minutentakt-Abrechnung:

<http://www.euractiv.com/de/informationsgesellschaft/eu-minutentakt-abrechnung-handysprache-kampf/article-174962>

5. Elektromagnetische Felder

Die Kommission hat einen Bericht zum Schutz vor elektromagnetischen Feldern verabschiedet. Der am 1.9.2008 veröffentlichte Bericht stellt die Situation der Mitgliedstaaten für den Zeitraum von 2002 bis 2007 dar: Danach setzen die meisten Mitgliedstaaten die von der Internationalen Kommission zum Schutz vor nicht-ionisierender Strahlung (ICNIRP) empfohlenen Basisgrenz- und Referenzwerte um. In Mitgliedstaaten, in denen die Empfehlungen noch nicht im vollen Umfang umgesetzt werden, sei man dabei, die Maßnahmen zu verbessern. Die konkreten Durchführungsmaßnahmen seien von Land zu Land sehr unterschiedlich.

Der Bericht unter:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0532:FIN:DE:PDF>

6. Jugend soll reisen

Jugendliche sollen möglichst kostenfrei/kostengünstig ins Ausland reisen können. Das ist Aufgabe und Ziel der Datenbank für Mobilitätsprogramme von Eurodesk Deutschland. Diese Orientierungshilfe im Angebotsdschungel ist komplett überarbeitet worden. Jugendliche können in der Datenbank weltweit nach verschiedenen Programmen und Anbietern recherchieren. Sie erhalten dort Hintergrundinformationen zu allen Anbietern und können Programme direkt vergleichen. Die Angebote von Eurodesk Deutschland können abgerufen werden über

www.rausvonzuhause.de und www.eurodesk.de .

7. Heureka

„Heureka – ich habe es gefunden“ ist das Wettbewerbsmotto, in dem es um „Ideen für Europa“ geht. In dem 56. Europäischen Wettbewerb sind Schülerinnen und Schüler aufgerufen, Themen rund um Europa in bildnerischer oder schriftlicher Form zu bearbeiten. Einsendeschluss für Sachsen-Anhalt ist der 15. Februar 2009. Die im Wettbewerb vorgegebenen Themen unter:

http://www.europaeischer-wettbewerb.de/seiten/europaeischer_wettbewerb/ausschr_motto.html

Weitere Einzelheiten und Anmeldeunterlagen unter:

http://www.europaeischer-wettbewerb.de/download/56_EW_2009.pdf

8. Migration und Bildung

Die Bildungssysteme haben für Migrantenkinder nicht die notwendige integrative Wirkung. Viele Migrantenkinder schneiden in fast allen Indikatoren (Lesekompetenz, mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen) schlechter ab als ihre Altersgenossen, die nicht aus Migrantenfamilien kommen. In einigen Mitgliedsländern haben sich die Fähigkeiten der 2. Generation von Migrantenkindern gegenüber denen der 1. Generation sogar verschlechtert. Vor diesem Hintergrund hat die Kommission ein Grünbuch zum Thema: "Migration und Mobilität: Chancen und Herausforderungen für die EU-Bildungssysteme" vorgelegt und alle Interessierten zu einer Konsultation bis zum 31.12.2008 aufgerufen. Die Konsultationsfragen finden sich auf Seite 17 des Grünbuchs, das abzurufen ist unter:

http://ec.europa.eu/education/school21/com423_de.pdf

9. Interkulturelle Bildung

Die interkulturelle Bildung in den Schulen ist mangelhaft. Zu diesem Ergebnis kommt eine im Auftrag des Parlaments gefertigte Studie. Untersucht wurden fünf unterschiedliche Arten des Umgangs mit interkulturellen Fragen. In den untersuchten Ländern (Deutschland, Frankreich, England, Italien, Ungarn) wurden die Instrumente für die Qualitätsbewertung und -kontrolle, sowie die Lehrerausbildung als unzureichend bezeichnet. Bis auf Ungarn wurde eine allgemeine Tendenz zur Förderung der Assimilierung (was nicht dasselbe sei wie Integration) sowie die ausschließlichen Unterrichtung der Sprache des Aufnahmelandes kritisiert. Ungarn war die Ausnahme, da die Lehre von Minderheitensprachen Teil der Politik sei.

Die Studie (96 Seiten) unter:

<http://www.europarl.europa.eu/activities/committees/studies/download.do?file=21876>

10. CO2 – Bunker

Modellprojekte zur großtechnischen CO₂-Speicherung dürfen staatlich finanziert werden. Das hat die zuständige europäische Überwachungsbehörde klargestellt. Diese für ein Projekt in Norwegen getroffene Entscheidung schafft einen wichtigen Präzedenzfall für die Prüfung staatlicher Beihilfen für Projekte zur Weiterentwicklung der so genannten CCS-Technologien. Dabei geht es insbesondere um die unterirdische Speicherung von CO₂ aus Kohle- und Gaskraftwerken. Bislang werden nur in England CCS-Technologien in erheblichem Umfang gefördert.

Die Pressemitteilung der Kommission unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1198&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Die Kommission bereitet derzeit die Einrichtung eines Netzes von Demonstrationsvorhaben zur Anwendung der CCS-Technik in Kraftwerken vor. Dabei wird sie auch einen Auftrag an einen externen Dienstleister vergeben, der bei der Einrichtung und dem Betrieb des Netzes Unterstützung leisten soll.

Einzelheiten unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1315&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

11. Wasserstoffautos

Die Zulassung von Wasserstoffautos wird durch eine EU-Typengenehmigung erleichtert. Bislang müssen Kraftfahrzeugen mit Wasserstoffantrieb in jedem Mitgliedstaat einzeln und nach teilweise abweichenden Vorschriften zugelassen werden. Das Parlament betonte bei der Verabschiedung der entsprechenden Verordnung, dass der klimapolitische Nutzen des Wasserstoffantriebs davon abhängt, aus welcher Quelle der Wasserstoff gewonnen wird. Daher soll der Wasserstoff möglichst aus erneuerbaren Energien erzeugt werden. In Deutschland hat BMW bereits ein mit Wasserstoff angetriebenes Auto entwickelt, von dem etwa 100 im Verkehr sind. Das Parlament forderte die Kommission auf, den Aufbau eines europaweiten Tankstellennetzes für Wasserstoffautos durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen. Die Verordnung gilt auch für Motorräder. Von den rund 40 Wasserstoff-Tankstellen in Europa befinden sich 20 in Deutschland.

Die Beratungen im Parlament unter:

http://www.europarl.europa.eu//news/expert/infopress_page/054-35973-245-09-36-909-20080902IPR35972-01-09-2008-2008-false/default_de.htm

Pressemitteilung der Kommission unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1285&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Der Verordnungsvorschlag unter:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2007:0593:FIN:DE:PDF>

12. Kultur-Netzwerk

Die Kommission fördert die Mobilität der Kulturschaffenden. Es werden Reisekostenzuschüsse, Stipendien etc. an vernetzte öffentliche und private Einrichtungen vergeben. Die Zuschüsse betragen zwischen 150.000 und 300.000€. Ziel einer Netzwerkbildung zur Mobilitätsförderung ist der Austausch von Erfahrungen der Netzwerkpartner über bewährte Arbeitsweisen und die Durchführung gemeinsamer Aktionen (z.B. Untersuchungen). Die Einreichungsfrist endet am 30.9.2008.

Informationen unter:

http://eac-culture.aplos.eu/culture/calls-for-proposals/call1440_en.htm

13. Flugsicherheit

Die Liste der an Bord von Flugzeugen verbotenen Gegenstände wird veröffentlicht. Bislang hatte die Kommission aus Sicherheitsgründen die Veröffentlichung der Liste abgelehnt. Dies hatte zur Folge, dass Flughäfen und Fluggesellschaften selbst entschieden haben, welche Gegenstände an Bord erlaubt sind. Dies hat zu Unsicherheit und Verärgerungen bei Flugreisenden geführt. Das Parlament hatte sich stets für die Veröffentlichung der Liste ausgesprochen.

Die Pressemitteilung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1253&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

14. Steuerbetrug

Das Parlament fordert eine gemeinsame Strategie gegen Steuerbetrug. Nach Schätzungen belaufen sich die Steuerausfälle durch Betrug bei direkten und indirekten Steuern jährlich auf eine Summe von zwischen 200 und 250 Milliarden €. Besonders beunruhigend sei der Mehrwertsteuerbetrug mit jährlich etwa 40 Milliarden € an Steuerausfällen. Schätzungen zufolge sind 10% des Mehrwertsteueraufkommens, 8% der Gesamteinnahmen aus Verbrauchsteuern für alkoholische Getränke sowie 9% des Gesamtaufkommens aus Verbrauchsteuern für Tabakerzeugnisse betroffen. Gefordert werden unter anderem eine Reform der Zinsbesteuerungsrichtlinie sowie ein Pilotprojekt zur Etablierung der Umkehr der Steuerschuldnerschaft bei der Mehrwertsteuer. Dabei würde der steuerpflichtige Kunde anstelle des Lieferanten für die Mehrwertsteuer aufkommen. Damit würden die Gelegenheiten zum „Karussellbetrug“ beseitigt werden, da der Steuerpflichtige, an den die Waren geliefert werden, auch die Mehrwertsteuer zu entrichten hat.

Die Pressemitteilung des Parlaments unter:

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/042-35783-245-09-36-907-20080901IPR35781-01-09-2008-2008-false/default_de.htm

15. Bevölkerungsentwicklung

Deutsche werden weniger und älter. 2015 wird die Zahl der Sterbefälle erstmals die Zahl der Geburten übersteigen. Die deutsche Bevölkerung wird sich um 13,9% minimieren. Dies ist ein Ergebnis der Bevölkerungsprojektionen 2008-2060 von Eurostat. Die Bevölkerung Deutschlands würde danach von heute 82 Millionen Einwohnern auf 79 Millionen im Jahr 2035 und auf 71 Millionen im Jahr 2060 zurückgehen. Dagegen würde 2060 die Bevölkerung in Großbritannien 77 Millionen und Frankreich auch ohne seine Überseedepartements (über 1 Millionen) 72 Millionen erreichen. Damit hätte Deutschland 2060 seinen Platz als derzeit bevölkerungsstärkstes Land der EU an England und Frankreich verloren. Der Altersquotient (Verhältnis von Bevölkerung ab 65 Jahren zu Personen im arbeitsfähigen Alter) wird sich in der EU von 25% auf 54%, in Deutschland von 30 auf 59% verändern. Dies bedeutet, dass in der EU der Quotient von Aktiven zu Älteren von 4:1 auf 2:1 zurückgeht. Kommt also derzeit ein Rentner auf vier Arbeitnehmer, werden es laut Eurostat in fünfzig Jahren zwei Arbeitnehmer sein. Dies bedeutet, dass sich letztlich die entsprechenden Abgaben verdoppeln müssten, um das Rentensystem aufrechtzuerhalten.

Bei den Aussagen von Eurostat handelt es sich nicht um eine „Prognose“, sondern um eine „Projektion“, d.h. es wird von der Annahme ausgegangen, dass die Anreize für Eltern, Kinder zu bekommen und die Vorgaben für die Einwanderung unverändert bleiben.

Pressemitteilung unter:

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/pls/portal/docs/PAGE/PGP_PRD_CAT_PREREL/PGE_CAT_PREREL_YEAR_2008/PGE_CAT_PREREL_YEAR_2008_MONTH_08/3-26082008-DE-AP.PDF

Weitere Informationen (englisch) unter:

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-SF-08-072/EN/KS-SF-08-072-EN.PDF

16. Digitale Bibliothek

Europa arbeitet am Aufbau einer digitalen Bibliothek. Die "Europeana" soll den Zugang zu den Beständen von Museen, Bibliotheken und Archive in ganz Europa ermöglichen. In den Bibliotheken Europas lagern mehr als 2,5 Milliarden Bücher, davon liegt 1 % in digitaler Form vor. Die Kommission wird 2009–2010 etwa 120 Millionen € zur Verbesserung des Online-Zugangs zum europäischen Kulturerbe bereitstellen. Das ist eher ein bescheidener Beitrag, da schon die Di-

gitalisierung von fünf Millionen Büchern etwa 225 Millionen Euro kosten wird, wobei besondere Objekte wie Manuskripte oder Gemälde noch gar nicht berücksichtigt sind. Zur Verwirklichung der „Europeana“ wären daher ganz erhebliche Investitionen seitens nationaler Einrichtungen erforderlich. Und dabei sollte eines nicht übersehen werden: Die virtuelle Wirklichkeit kann nie das Erleben eines Gemäldes, einer Skulptur oder eines Gebäudes in „Echtzeit vor Ort“ ersetzen. So wie Reiseführer führen und nicht die Reise ersetzen, so wird die Europeana das unmittelbare Erlebnis nicht ersetzen können.

Eine Pressemitteilung der Kommission unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1255&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Die Mitteilung der Kommission vom 11.8.2008 unter:

http://ec.europa.eu/information_society/activities/digital_libraries/doc/communications/progress/communication_de.pdf

Zur Europeana (englisch) unter:

<http://www.europeana.eu/>

17. Europa in Zahlen

Das Jahrbuch 2008 „Europa in Zahlen“ liegt jetzt auf Deutsch vor. Das Jahrbuch enthält Daten für den Zeitraum 1996-2006. In gut 500 statistischen Tabellen, Abbildungen und Karten werden auf 576 Seiten folgende Themen behandelt: Wirtschaft, Bildung, Gesundheit, Lebensbedingungen und Wohlfahrt, Arbeitsmarkt, Industrie und Dienstleistungen, Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei, Handel, Verkehr, Umwelt, Energie, Wissenschaft und Technologie sowie EU-Regionen. Im Blickpunkt dieser Ausgabe steht das Kapitel über die alternde Gesellschaft Europas und die damit verbundenen demografischen Herausforderungen.

Das Jahrbuch kann kostenlos abgerufen werden unter:

<http://www.eds-destatis.de/downloads/publ/KS-CD-07-001-DE-N.pdf>

18. Fördermittel

Es gibt einen neuen Praxisführer für EU-Beihilfen in den Bereichen Forschung, technologische Entwicklung und Innovation. Er enthält eine Beschreibung jedes Fonds bzw. jedes Programms, Ratschläge für die politischen Entscheidungsträger sowie eine innovative Checkliste und eine Bewertungsliste. Eine deutsche Ausgabe des Leitfadens ist in Vorbereitung.

Der Leitfaden (56 Seiten, englisch) ist abrufbar unter:

ftp://ftp.cordis.europa.eu/pub/fp7/docs/practical-guide-eufunding_en.pdf

19. Partnerländer

Es gibt ein Portal für die Suche nach Partnern für EU-Projekte. Die Datenbank (englisch) aus Italien ist für alle Mitgliedstaaten eine geeignete Suchplattform.

Das Portal unter:

http://crm.formez.it/crm/ricerca_partner/?q=partnersearch

Registrierung unter:

http://crm.formez.it/crm/ricerca_partner/add.php

20. EU-Fernsehen

Das Parlament hat jetzt ein eigenes Internet-Fernsehen. Es werden sowohl Abstimmungen und Debatten als Live-Übertragungen als auch eigens produzierte Programme zu sehen sein. Die Kosten, die aus dem Parlamentsbudget beglichen werden, betragen neun Millionen Euro jährlich.

Zu erreichen unter:

www.europartv.europa.eu